

Die Zeitung enthält ...

Abend-Ausgabe ...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bewaffnung der Gegenrevolution.

Die Revolution in Galizien.

Wien, 20. März. (Korrespondenz.) Von der russischen Sowjetregierung in Moskau ist folgender Funkpruch eingegangen: Galizien befindet sich in voller revolutionärer Bewegung.

Die ungarische Revolution.

Die revolutionäre Gesetzgebung. (Drahtbericht der „Freiheit“.)

Budapest, 20. März. Ein Dekret des revolutionären Rates schaffte Adel, Rang, Titel und Erbschaften ab.

Eine weitere Verordnung bestimmt die vollständige Gleichstellung der außerrechtlichen Kinder mit den ehelichen und trifft Verfügungen über nachträgliche Eintragung des Vaters in die Metrikel.

erner wird die Aufhebung von Verwaltungsgerichten verfügt. Jedes Gericht besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern.

Der Vorsitzende und der Stellvertreter werden von der Volksversammlung ernannt. Die Verwaltungsgerichte urteilen über jene Fälle, die die Verwaltungsbehörden in eigenen Verfügungen ihnen zuweist.

Der Vorsitzende und der Stellvertreter werden von der Volksversammlung ernannt. Die Verwaltungsgerichte urteilen über jene Fälle, die die Verwaltungsbehörden in eigenen Verfügungen ihnen zuweist.

Der Vorsitzende und der Stellvertreter werden von der Volksversammlung ernannt. Die Verwaltungsgerichte urteilen über jene Fälle, die die Verwaltungsbehörden in eigenen Verfügungen ihnen zuweist.

Nur ein Mißverständnis?

Budapest, 20. März. (Korrespondenzbureau.) Die der ungarischen Regierung angetragene Militärkommission der Alliierten hat an die revolutionäre Regierung folgendes Schreiben gerichtet:

Der Präsident der Republik hat in seiner an das ungarische Volk gerichteten Proklamation folgendes: Die Mission der Entente hat erklärt, daß die Demarkationslinie hinfort als politische Grenze betrachtet wird.

muß formell erklären, daß dies eine irrtümliche Auslegung der geäußerten Kundgebung ist. Als der Präsident der Republik die im Waffenstillstandsvertrag festgestellten Grenzen zur Sprache brachte, erhielt er die Antwort, daß nicht mehr von der in dem erwähnten Vertrag festgelegten Demarkationslinie die Rede sei, sondern von einer neueren Entscheidung der Entente.

Verhaftung eines Gegenrevolutionärs.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 20. März. Graf Georg Karolyi wurde heute verhaftet und nach Verboer ins Schubhaus überführt.

Keine Entwaffnung der Ententebesatzung.

Wien, 20. März. (Korrespondenz.) Vom Kommandanten der französischen Besatzungstruppen in Budapest ist bei der hiesigen italienischen Mission nachstehende Depesche eingelaufen: Ein nach Budapest am 17. März gerichteter Funkpruch meldet, daß die französischen Truppen, die von bolschewistischen Ideen durchdrungen sind, von Kommunisten entworfen worden seien.

Befestigung der tschecho-slowakischen Gesandtschaft.

Prag, 20. März. Laut Meldung des tschecho-slowakischen Pressbureaus ist die tschecho-slowakische Gesandtschaft in Budapest von Kommunisten besetzt worden.

Standrecht in der Slowakei.

Prag, 20. März. Das tschecho-slowakische Pressbureau meldet aus Preßburg: Minister Erbar hat infolge der Ereignisse in Ungarn das Standrecht über die ganze Slowakei verhängt.

Der englische Militarismus.

London, 20. März. (Reuter.) Im Unterhause brachte die liberale Opposition mehrere Verbesserungsvorschläge zur Militärdienstpflicht ein. Churchill sagte, diese bezweckten, die Wehrpflicht zu bringen.

Freispruch vor dem Kriegsgericht.

Privattelegramm der „Freiheit“.

München (Westl.), 25. März. In der heutigen Verhandlung vor dem Kriegsgericht wurde der vor kurzem widerrechtlich wegen Beamtenmord verhaftete Genosse Gerber freigesprochen.

Standrecht über Spanien.

Madrid, 25. März. (Reuter.) Ueber ganz Spanien wurde das Standrecht verhängt.

Die Mobilisierung der Agrarier.

Nachdem mit Hilfe der Regierung durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter dem Deckmantel der „Einwohnerwehren“ die Bewaffnung des Bürgertums erfolgt ist, wird jetzt in gleicher Weise auch die Bewaffnung der Agrarier vorgenommen.

Auf Veranlassung der Organisation der Agrarier, des Schutzverbandes deutscher Landwirtschaft, hat der preussische Minister des Innern an die ihm unterstellten Behörden ein Rundschreiben gerichtet, in dem er zur Bildung von Einwohnern in den Dörfern und kleinen Landstädten auffordert.

Es handelt sich bei diesem Plan um eine archaische anachronistische Organisation der Gegenrevolution. Die Güter, Dörfer und Kreisstädte sollen dauernd miteinander in telephonischer Verbindung stehen.

Die Bewaffnung soll durch das Landratsamt erfolgen, das den Waffenbedarf bei den zuständigen Generalkommandos ansmeldet hat.

Für die abzuhaltenden Übungen sind ebenfalls genaue Anweisungen gegeben. Gediente Unteroffiziere und Reserveoffiziere werden mit der Leitung betraut.

Was die freiwilligen Korps für die größeren Städte sind, was der Grenzschutz für die Grenze für den äußeren Feind ist, das ist der Landschutz für das gesamte flache Land.

Was die freiwilligen Korps für die größeren Städte sind, was der Grenzschutz für die Grenze für den äußeren Feind ist, das ist der Landschutz für das gesamte flache Land.

Die Brem'er.

Die „Germania“ läßt auf das gewiß nicht allzu radikale Schulprogramm, das Herr Girsch erstern entwickelt hat, bereits einen kalten Wasserstrahl niederzucken. Das sterikale Organ schreibt:

„Wir hatten schon darauf hingewiesen, daß das Zentrum in bezug auf seine schul- und kirchenspolitischen Grundzüge beim Eintritt in die Regierung einige Vorbehalte zu machen habe, und deren Runderbüßung ergibt sich ohne weiteres, wenn man von Herrn Girsch heute z. B. hört, daß das Ziel der preussischen Schulpolitik die Einheitschule sein soll. Wenn der preussische Staat das öffentliche Schulwesen auch weiter für sich beansprucht, so tut er das zwar unter der Devise, daß die Schule über den politischen Parteien und religiösen Bekenntnissen stehen, allen Lehrern und Schülern der Grundzüge und dinglicher politischer und religiöser Duldsamkeit gewährt werden solle. Daß aber damit die von uns verlangte christliche Jugenderziehung gewährleistet sei, kann man, so loben, das alles singen will, nicht sagen. Die endgültige Regelung dieser Dinge wird zudem nicht von heute auf morgen erfolgen können, und darum haben die Sozialdemokraten vorzuziehen, daß den Gemeinden eine gewisse Freiheit in der Ausführung der Simultanlehre gewährt werde, wobei aber der Religionsunterricht für diejenigen sichergestellt werden muß, die nach ihm verlangen. Allen diesen Forderungen gegenüber ist es ihre Selbstverständlichkeit, daß das Zentrum bei seinen bewährten Grundbegriffen verharren muß und auch verharren wird, und daß es ihm bei der Regierungsbildung auch von Seiten der beiden anderen Parteien ausdrücklich zugesagt worden. Das Zentrum wird, wie sich bei der Erörterung des Regierungsprogramms zeigen dürfte, von seinem grundsätzlichen Verlangen nach der Fortentwicklung der Schule, wie überhaupt von seinen Auffassungen aller Kulturfragen nichts preisgeben.“

Das heißt also, Herr Girsch kann verprechen, am Galten wird ihn das Zentrum verhindern, das gerade zu diesem Zweck sich an der Regierung beteiligt.

Agrarische Wünsche.

Die agrarische Presse möchte die Tatsache, daß die ausländischen Lebensmittel im Preise höher sein werden, als die inländischen zu einer neuen Korrektur auf Erhöhung der Preise benutzen. Obwohl die Gewinne der Landwirtschaft während des Krieges unermesslich gestiegen sind und die Landwirtschaft sich finanziell während des Krieges außerordentlich allmählich entwickelt hat, sind die Agrarier immer noch nicht zufrieden. In einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ wird diese Forderung ebenfalls erhoben. Man hat sie damit zu begründen, daß durch eine Erhöhung der Preise Deutschland von den ausländischen Zufuhren unabhängig werden könne. Diese Behauptung ist durchaus unrichtig. Nicht von einer Preis-erhöhung hängt die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ab, sondern von der Reorganisation der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere von der ausreichenden Zufuhr von künstlichen Düngemitteln, der Verwendung zahlreicher landwirtschaftlicher Maschinen und vor allem Dinan von der Sozialisierung aller landwirtschaftlicher Großbetriebe.

Natürlich sind diese Forderungen den Agrariern sehr unannehmlich. Aber es wird den Agrariern nicht gelingen den Zusammenhang zwischen der Neuorganisation der Landwirtschaft und der Steigerung der Erzeugnisse zu verhindern. Die Verbraucher wissen, daß die Agrarier Preis-erhöhungen nur in ihrem eigenen Interesse wünschen, sie werden deshalb alle derartigen Forderungen der Agrarier energisch zurückweisen und verlangen, daß auch in der Landwirtschaft durch die Sozialisierung die Erzeugung gesteigert wird, und nicht durch Preis-erhöhungen, die nur die Gewinne der Agrarier steigern ohne die Produktion zu heben.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Die Wünsche des Handels nach Aufgabe der Zwangswirtschaft sollen jetzt erfüllt werden. Zunächst hat das Reichs Ernährungsamt die zwangsweise Bewirtschaftung der Eier vom 1. April ab aufgehoben. So wenig wir in der jetzigen Zwangswirtschaft ein

Ideal erblicken, so ist sie doch gegenwärtig das Mittel, der mangelnden Versorgung eine gewisse Mindestmenge von Nahrungsmitteln zu einem ermäßigten Preise zu beschaffen. Mit der Freigabe des Eierhandels wird das aufhören. Hatte bisher die städtische Bevölkerung durch die behördliche Zuweisung jährlich etwa 15-25 Eier erhalten, zum Preise von durchschnittlich 50 Pf., so werden für die Folge Eier wohl kaum noch für die arbeitende Bevölkerung erhältlich sein. Die Preise für Eier werden auf die Höhe der jetzigen Schleichhandelspreise steigen, so daß es sowohl Arbeitern als auch Angehörigen und manchem wohl kaum möglich sein wird, Eier zu kaufen.

Aber, wie wir bereits früher betonten, die Aufhebung der Zwangswirtschaft für einzelne Nahrungsmittel wird ihre Auswirkung bei anderen ohne weiteres nach sich ziehen. So ist es denn nicht weiter verwunderlich, daß die „Deutsche Tageszeitung“ auch bereits aus Weimar zu berichten weiß, daß im Verlaufe der bereits bekanntgegebenen Aufhebung der Zwangswirtschaft die Regelung auch die Zwangswirtschaft in Sud- u. a. zu bauen beschäftigt. Es sollen vorab nur sieben Artikel des Judentum unter Zwangswirtschaft stehen, während die übrigen fünf Zwangswirtschaft für den freien Handel freigegeben werden sollen. Durch Festsetzung von Höchstpreisen glaubt die Regierung Wucherpreise verhindern zu können. Auch hiermit befreit sie sich im Irrtum. Die jetzigen Schleichhandelspreise, die eine skamlose Behinderung darstellen, werden allmählich werden und genau so wenig wie Eier zu entsprechenden Preisen zu haben sein werden, so auch Zucker.

Und das, obwohl der öffentliche Bewirtschaftung des Zuckers eine letzte Aufgabe ist und ihre Durchführung bisher auch verhältnismäßig erfolgreich war. Aber die Interessen der Konsumenten scheinen gegenwärtig im Reichs Ernährungsamt keine Rolle zu spielen, wie die Interessen der Agrarier und des Handels.

Selbstverhöhung g.

Der „Vorwärts“ gibt folgende Wiener Nachricht wieder:

Die Wiener Wälder geben einen Aufruf des Wiener Ortsrats der nationalsozialistischen Arbeiterpartei an alle Deutschnationalen wieder, in dem für den Fall eines Unterjochungsfriedens der Anschluß an die russischen und ungarischen Kommunisten empfohlen wird.

Das ist genau die gleiche Taktik, die die Herren Stämpfer und Bernburg empfohlen haben. Der „Vorwärts“ aber bemerkt zu dieser Denkschrift: „Der Kommunismus als Vorwand des Chauvinismus — o Ironie der Weltgeschichte!“

Der „Vorwärts“ spottet seiner selbst und weiß nicht, wie!

Scheidemann gibt eine Erklärung ab.

Die bürgerliche Presse meldet: Einen breiten Raum in der heutigen Sitzung des Reichs-Kabinetts nahmen die Vordänge ein, die sich am vergangenen Sonntag im Anschluß an die Kundgebung des Nationalverbands deutscher Eisenwerke in Berlin ereigneten. Ministerpräsident Scheidemann wird morgen zu Beginn der Plenarsitzung außerhalb der Tagesordnung namens der Regierung eine Erklärung abgeben, in der die Regierung zu den Vorgängen Stellung nimmt.

Wiso Scheidemann wird eine „Erklärung“ abgeben. Und dann?

Dann werden die Herren Offiziere weiter bewaffnet werden und weiter in Amt und Würden bleiben und weiter tun, was ihnen beliebt.

Mit „Erklärungen“ besiegt man keine Gegenrevolution.

Die Kosten für den Reichspräsidenten.

Die bürgerliche Presse berichtet: In einem Entwurf des Reichs-Kabinetts über die Bestimmung des vierten Nachtrages zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 werden an fortlaufenden Ausgaben für Präsidentenbesoldung an den Reichspräsidenten monatlich 100 000 M., also vom Tage der Wahl ab bis zum Ende des Rechnungsjahres 1 200 M. gefordert.

Der „Vorwärts“ teilt dazu offiziell mit, daß mit dieser Summe die gesamten tatsächlichen Kosten des Amtes

wohl schon genügen, um die jetzigen Befehle davon abzukalten, sich plündernd, raubend, fressend und mordend über das platte Land zu ergießen, sobald die Nahrungsmittel in den großen Städten anfangen knapp zu werden. Wir müssen aber auch mit dem Schlimmsten rechnen, und darum frisch an die Arbeit, ehe es zu spät ist und unser schönes Land nachher aussieht, wie Rußland — ein rauchender Trümmerhaufen!“

Daß man das Land vor „plündernden Händen“ schützen will, ist nur ein Wort. Denn bisher hat man nichts davon vernommen, daß plündernde und plündernde Hände auf dem Lande ihr Unwesen getrieben hätten. „Spartakus“ ist auch hier nur ein Geistes für die Agrarier. Man will neben den Bürgerwehren in den Städten eine bewaffnete Organisation auf dem Lande durchführen. Die ganze Aktion richtet sich eben gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, die den Sozialismus durchsetzen will, wie gegen die Anordnung des Reichs Ernährungsamts, alle nicht abgelieferten Lebensmittel zwangsweise zu erfassen. Wie durch die Bürgerwehr in den Städten die Herrschaft des Militärs besetzt werden soll, so soll durch den Landsturm die Diktatur des Junkertums aufrechterhalten werden. Es ist bereits vorgezogen, daß selbstbewußte sozialistisch geistliche Arbeiter in diesen Landwehren keine Aufnahme finden werden. Landräte und Großgrundbesitzer haben es in der Hand, zu entscheiden, wer unzuverlässig ist oder nicht. Sie werden von vornherein revolutionär gesinnte Arbeiter vom Landsturm ausschließen. Die Kriegserverbestimmung wird vorherrschen. Man will auf dem Lande einen neuen Militarismus bewirken, wieder Lust und Liebe zum Soldatenberuf erwecken, die Kinder auf dem Lande sollen wieder lernen Soldat zu spielen“. So heißt es wörtlich in dem Organisationsplan.

So vollendet die Regierung das Werk der Gegenrevolution! In den Städten herrschen die Hermitenorden, unterstützt von den Einwohnerwehren. Trotz Plünderungszustand veranlassen die Offiziere monarchistische Demonstrationen und werden dabei von Regierungsmilitärs mit Ansprüchen bedacht. Trotzdem droht der „sozialistischen“ Republik nach den Reden der Ober- und Scheidemann keine Gefahr, beiseite nicht!

Unsere Genossen in den Landgemeinden und Kreisstädten mögen auf der Hut sein und alle Kräfte daran setzen, damit dieser Landsturm nicht zur Wirklichkeit wird. Unsere Gemeindevorstände dürfen für diese konterrevolutionäre Organisation keinen Groschen bewilligen. Sie stellen eine Maßnahme dar, die sich ausschließlich gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft richtet. Dagegen gilt es, Sturm zu laufen.

Im Wilmersdorfer Rathaus fand am 20. März eine Sitzung des Bürgerrates statt, in der der Vorsitzende des Groß-Berliner Bürgerrates, Konrad Marx, über Bürgerwehr sprach. Der Bürgerwehr sei das letzte Mittel gegen den Terror der Kasse, der auch dann anzuwenden sei, wenn es der Regierung einfallen sollte, die Arbeiterräte in der Verfassung zu vernichten. Dieses habe er auch den Ministern Scheidemann und Brenß mitgeteilt. Zwischen Arbeitern und Bürgertum gebe es keine Brücke und keine Regierung würde mit einem sozialistischen Programm regieren, wenn sie allen Berufsständen gerecht werden wolle.

Recht interessant war die Debatte über die Einwohnerwehren. So ergab sich, daß das Landesjägerkorps etwa 20 Werbebureaus einrichten will zu dem Zweck, Arbeitswillige anzuwerben, die im Falle eines Generalaufmarsches in die Uniform gekleidet werden und unter dem Schutze dieser Uniform arbeiten sollen. Der Plan geht von den Generälen aus. Es wurde auch mitgeteilt, daß neben den Bürgerwehren bereits bewaffnete Bauernwehren auf dem Lande bestehen. Für die Wilmersdorfer Einwohnerwehr stehen bereits 60-80 000 Mark zur Verfügung. Die Gründung einer uniformierten Streikwache würde sich den Wilmersdorfer Bürgern einstreifen noch etwas zu Mauerwerk. Sie lehnten deshalb die Einrichtung der geplanten 20 Werbebureaus vor der Hand ab, wählten aber zur weiteren Prüfung dieser Angelegenheit einen siebenköpfigen Ausschuss.

Berlin unter dem Belagerungszustand: 1848.

II.

Der Belagerungszustand war nicht die Folge des Konfliktes vom 9. November 1848, sondern dieser Konflikt selbst war nur das Mittel zur Hervorbringung des Belagerungszustandes. Wie sehr nötig man zur Verhängung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes irgend einen blutigen Konflikt hielt, geht aus der Tatsache hervor, daß bereits vorher die Plakate gedruckt waren, wonach es sieht:

„Aus Veranlassung des blutigen Konfliktes beim Einrücken der Truppen sehen wir uns veranlaßt, den Belagerungszustand über Berlin zu verhängen.“

Es kam darauf an, Stimmung zu machen. Am die Notwendigkeit der Vergebung der Nationalversammlung nach Brandenburg und der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin zu beweisen, mußte natürlich die Hauptstadt als der Ort der wilden Anarchie dargestellt werden; dies geschah in geschlossenen von den Militärs und sogar von dem Ministerium selbst direkt, teils indirekt ausgehenden Schriftstücken, sowie in offiziellen Kreisen, die allen reaktionären und gesinnungslosen Zeitungen zur Veröffentlichung geschickt wurden.

Es ereignete sich damals ein Recht peinliches Auffehen, welches der Unterstaatssekretär Wassermann in der Abgeordnetenversammlung veranlaßte. Der Ministerium brachte ihm zu seiner Rechtfertigung eine Verteidigungsschrift, die ein reiches Phantasiegebilde war, geziert mit roter Republik, mit Gift, Gold, Mord und Brand, aber etwas fehlte in diesem Tableau, nämlich die Beweise. Die Beweise fehlten der Regierung aus bei ihrer Verteidigung gegenüber den Anklagen der äußersten Linken in der Nationalversammlung.

Es war der Abgeordnete Gildenbohn, der in der Sitzung vom 25. April 1849 unter anderem folgendes anführte:

„Es sind drei Güter, welche wir als das große Eigentum

unseres Vaterlandes bisher angesehen haben, sie heißen: Freiheit, Würde und Glück.“

Die innere Freiheit des Volkes, die wesentlich in der Selbstbestimmung für das Gesetz besteht, wird mit dem Belagerungszustand vernichtet. Denn zunächst heißt derselbe, wie wir gesehen haben, alle Gehehe auf und lenkt nur die äußere Gewalt.

Es wird aber auch die Würde des Volkes durch diesen Zustand mit Füßen getreten. Wir wollen in diesem Augenblick nicht alle einzelnen Schichten des Volkes durchgehen, aber zweierlei will ich hier hervorheben, davon die Seite des Hauses (rechts) besonders gern hört, und auf deren Ehre und Würde sie besonders viel hält, nämlich die Regierung und das Heer, deren Würde unter diesen Umständen wahrlich nicht gewonnen haben.

Meine Herren! Die Regierung Preußens hat es bereits im vorigen Jahrhundert angeprochen durch eines Königs Mund: „Ich bin müde, aber Elben zu herrschen.“ Und darin gerade lag ihr Würde. Die Regierung, die in diesen Augenblicken an der Spitze unseres Vaterlandes steht, hat durch den Belagerungszustand ausdrücklich erklärt: „Ich bin müde, aber freie Männer zu herrschen.“

Meine Herren, glauben Sie mir, die Frage kommt aus früherer und fester Überzeugung; wie mag es mit der Würde einer Nation stehen, deren Regierung ihre Würde selbst vernichtet?

Ich wende mich zum Heere. Ich hätte Ihnen ein Doppeltbild unseres preussischen Heeres vor, in bezug auf die Truppen und in bezug auf die Führer. Geben Sie diesen Bildern selber Urteile, wenn Ihnen die meinigen nicht gefallen. Wir denken und in das vergangene Jahr zurück an die dänischen Schanzen; wie sehen das Heer kampfmüde, es kann die Zeit nicht ertragen zum Kampfe, und als der Befehl ergangen, da erklärten sie die Schanzen mit gestülptem Bajonett, die Ruhest im Gemüthe. Ich schreibe freudig unter dieses Bild: Der Ruhm des preussischen Heeres.“ Nun nehmen Sie diese Truppen, eingehend in Berlin, dazu gebracht oder gemüthlich, daß sie Hand ansetzen gegen die Vertreter der Nation, daß sie den wackeren Bürgern Berlins die Gewehre entziehen. (Geschrei auf der rechten. Darauf Ruf von der Linken: Ruhest! Große Aufregung. „Pui!“)

Meine Herren, Sie begreifen es vielleicht, aber glauben Sie es Augenzeugen, eines freien Mannes Bild konnten jene Truppen damals nicht ertragen. Das Schamgefühl über die entehrte Verhöhnung drückte ihre Augen zu Boden. Man konnte diesem Bilde eine andere Unterdrückung geben,

den Gegensatz der vorigen; aber ich will bloß darunter sehen: die schwerste Prüfungsbüchse des preussischen Heeres.“

Heben Sie also den Belagerungszustand auf, denn er nützt keiner Partei. Er nützt weder der Gewalt noch der Arbeit, weder der Nation noch dem Volke. Sie werden mit dem Belagerungszustand das Maß der Weisheit nicht ausschalten. Die nächste europäische Krise wird ja doch dieses ganze Rattenhaus über den Haufen, und ob Sie den Belagerungszustand bestehen lassen, er wird eine solche Krise nicht verhindern, oder ob Sie ihn heute aufheben, es wird eine solche Krise nicht früher herbeiführen.

Meine Herren! Erwidern Sie den Vorschlag der Geschichte in den Herzen des Volkes, machen Sie das Heer zu Einigen, dann wird es Ihnen möglich sein, die Weisheit solcher Bewegungen zu verstehen, sonst werden sie immer wie ein emporkommendes Insekt dem Volkgeist widerstrebende Parteien sein, wie deren leider in unserem Vaterland vorhanden sind.

Der Belagerungszustand ist nichts weiter als eine Justiz, eine Rechtsverweigerung; erlauben Sie mir zu sagen, daß an den Werten zum Eingange in den Militärstaat das Wort geschrieben ist: Gewalt geht vor Recht, und daß die Volksherrschaft keinen Lebens nicht anders End, als fortlaufende Justizverweigerungen. Die Planken unseres Rechts stehen im Bereich des Heeres, tun Sie die Augen auf, setzen Sie die Gesetze!

Ich bilde mir vor, in die Zukunft. Glauben Sie, daß Verbrechen und Lüge sich heilen lassen durch Bajonette und Mäntel? Wollen Sie dem preussischen Volke das Mißtrauensvotum geben, daß es nicht anders als durch den Säbel regiert werden kann?

Gewiß, meine Herren, wir leben unter dem Einfluß von mancherlei — gar mancherlei Narben des ganzen Landes, nicht allein Preußens, sondern ganz Deutschlands. Sind Ihnen diese Narben aber unmerklich? Sie sehen hervor aus dem Kampfe der alten mit der neuen Zeit, der fortwährend noch das ganze Land erschüttert und den wir zu beenden beifügen sind.

Erlassen Sie diesen Geißel, ich ermahne Sie! Wenn Sie aber anderer Meinung sind und danach beschließen, dann allerdings wird das preussische Volk wie ein eisiges Volk an den Wässern von Babylon seine Darfen an die Weiden hängen müssen und den Trauerweiden lauschen über sein gefallenes Jerusalem. Aber wir wollen, indem wir mit ihm trauern, mit unsrem geliebten Volke, wir wollen auch unter Trauer und Unglück das Bewußt-

bestritten werden müssen. Ob das ganz zutreffend ist, können wir im Augenblick nicht feststellen. Wir glauben aber, daß neben dieser Aufwandsentschädigung auch noch, wie auch bei den Ministern, ein recht beträchtliches Gehalt gezahlt wird.

Nur für Aufwandsentschädigung, also ohne das Gehalt, soll allein das deutsche Volk monatlich 100 000 M. aufbringen. Die Finanzen des Deutschen Reiches gestatten es aber keinesfalls, daß auf Kosten der Steuerzahler ein derartiger Aufwand getrieben wird. Will man schon auf einen Reichspräsidenten nicht verzichten, so lorge man wenigstens dafür, daß seine Kosten sich sowohl der Finanzlage des Reiches als auch seinem republikanischen Charakter anpassen.

Flagren e Geſchwiridigkeiten.

Genosse Dr. Siegfried Weinberg schreibt uns:

Nordost schon der Witterung, der gegenwärtig mit der Untersuchung und der Schlußphase politischen Befragungen gegenüber getrieben wird, so schärfstem Prolet heraus, so muß doch noch viel schärfer eine Art der Freiheitsberaubung gebrandmarkt werden, die zur Zeit in Berlin von den Behörden der „sozialistischen“ Republik in ungezählten Fällen gehandhabt wird und für die es an jeglicher geschichtlicher Grundlage fehlt. Tausende von Berliner Bürgern — allein die von den Berliner außerordentlichen Kriegsgerichten geführte Liste der Verhafteten, in der z. B. die Militärpersonen nicht aufgeführt sind, weist etwa 2000 Namen auf! — sind in den letzten Wochen auf Grund irgendwelcher Denunziationen in Untersuchungshaft genommen worden. Bei den meisten mußte auch der Bewilligte nach einigen Tagen erkennen, daß ihnen irgend ein Verstoß gegen das Strafgesetz nicht zur Last zu legen ist. Das Verfahren ist deshalb bereits in Hunderten von Fällen eingestellt worden. Da auch Untersuchungshaft nicht verhängt ist, ist in solchen Fällen auch nicht der geringste gesetzliche Vorwand für die Fortdauer der Haft gegeben. Dennoch wird ein großer Teil dieser Leute auf allgemeine Anordnung des Generalkommandos Mitteln nach Einstellung des Verfahrens noch weiterhin in Haft gehalten, und die Akten werden dem Generalkommando überhändelt, damit dieses sich schlüssig machen kann, ob es die Untersuchungshaft in oder nicht. Dieses Verfahren erfüllt zweifelslos den Tatbestand der widerrechtlichen Freiheitsberaubung, da mit der Einstellung des Verfahrens die Untersuchungshaft beendet und eine Untersuchungshaft nicht verhängt ist. Es kann den Betroffenen nur empfohlen werden, in derartigen Fällen Strafanzeige zu erheben, die widerrechtliche Freiheitsberaubung muß alsdann nach § 229 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis bis zu 6 Jahren, und, wenn sie länger als eine Woche dauert, mit Hochhaus bis zu 10 Jahren bestraft werden.

Die Folgen dieser geschwirdigen Handlungsweise zeigen sich übrigens auch darin, daß den Betroffenen weder eine Entschädigung wegen ungeschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Strafbestrafung noch eine solche wegen ungeschuldig erlittener Untersuchungshaft zustehen, da keine dieser auch unter dem Belagerungszustand allein zulässigen Arten der Haft vorliegt.

Ein dreifacher Mord.

Wir erhalten folgenden Brief:

Am Montag, den 10. März, nachmittags gegen 3 Uhr, kamen z. B. mein Sohn Kurt Friedrich zwei Freunde: Hans Galuska und Otto Werner auf Besuch. Sie waren kaum eine Weile beisammen, als acht Regierungssoldaten mit ihrem Führer ankommen und stürmisch Einlaß begehrten. Sie durchsuchten sämtlich Zimmer, ohne daß ihnen auch nur ein besitzendes Stück in die Hände gefallen wäre. Darauf erklärten sie die drei jungen Leute für verdächtig und führten sie ab. Die letzten Worte, die mein Sohn zu mir sagte, waren: „Mutter, meine Papiere sind in Ordnung, ich habe nichts auf dem Gewissen.“

Ich war nun über das Schicksal der drei jungen Leute völlig im Unklaren und dunkle Ahnungen beschäftigten mich so lange, bis ich am Mittwoch, den 12. März, von Bekannten die Nachricht erhielt, Hans Galuska läge im Leichenschauhaus. Ich begab mich sofort dorthin und fand die drei jungen Freunde als Tote wieder. Sie waren am 11. März als „unbekannt“ eingeleitet worden. Mein Sohn hatte zwei Schußwunden: einen Kopf- und einen Hüftenschuß. Es fehlten ihm die neuen Stiefel, Hans Galuska hatte gleichfalls zwei Schußwunden; Papiere, Uhr und Stiefel fehlten. Otto Werner hatte drei Schußwunden und mehrere von Schlägen herrührende Wunden. Es

fehlten ihm: ein neuer Hut, Kragen, Krawatte, Mäntel, Jacke, ein Paar neue Stiefel. Kurt Friedrich und Hans Galuska waren 18 Jahre alt, Otto Werner stand im 18. Lebensjahre.

Ich bemerkte noch, daß mein Sohn sowie seine beiden Freunde sich nie für politische Dinge interessiert haben, auch den Berliner Kämpfen standen sie völlig gleichgültig gegenüber, was für ihn schon der Umstand spricht, daß nichts Belastendes bei ihnen gefunden wurde, was auch nur einen Verdacht hätte rechtfertigen können. Sie sind lediglich zu einem ungeschuldigen Vergnügen in meiner Wohnung zusammengekommen und ich muß die Vermutung aussprechen, daß nur Leichtsinniger Mutsch und böses Gerücht die Ursache war, daß die drei jungen lebensfröhlichen Menschen, fast noch Kinder, durch die Hand brutaler Menschen ihr Leben auszuhauchen mußten und noch im Tode durch das Standrecht geschändet wurden. Alle Leute, die die drei jungen Männer kannten, können ihnen das feste Zeugnis ausstellen.

Ich rufe die Verantwortlichen an um Gerechtigkeit, damit Klärung in diese Angelegenheit gebracht wird. Ich bin Witwe und in meines einzigen Sohnes Art diese gräßliche Weise herab zu werden. Er war mit in all den schweren Tagen die einzige Stütze. Aus Schmerz erfüllten Herzen sende ich dieser Appell an die Öffentlichkeit, von dem ich wünsche, daß er nicht ungehört verhallen möge.

Brau Friedrich, Berlin C. 17, Am Schlesiern Bahnhof 3.

Wer sind die Regierungstruppen?

Die unter dem Schutze der Regierung gebildeten Freiwilligenverbände werden in der Presse als Muster für das kommende deutsche „Volksheer“ hingestellt. Selbst der „Vorwärts“ hat ihnen in schourgroßem Loblied gesungen, weil sie sich so brav bei der „Bekämpfung des Feindes“ benommen haben. Wie es mit diesen Schützern der Ruhe und Ordnung in Wirklichkeit bestellt ist, geht aus einer Aeußerung des Generals Raeder hervor, die der Soldatenrat von Weimar protokolllarisch festgelegt hat:

Sitzung am 15. Februar 1919 im Hauptklub auf Einladung des Generals Raeder an den Soldatenrat „Vorwärts“ unter dem General Raeder Oberst. v. Müller und zirk. zehn Offiziere, sowie die drei Vorstandsmitglieder des Soldatenrats Weimar. Auf die vorgebrachten Beschwerden über die Aufzucht der sogenannten Regierungstruppen erwidert General Raeder: „Ich weiß sehr wohl, daß von 100 Mann, die ich einstelle, nur 30 Mann zu gebrauchen sind. Die übrigen sind Spionagen und Verbrecher. Treue erhalte ich in der Organisation meines Korps die Grundlage für unser zukünftiges Volksheer. Nur die strenge Disziplin, die Wiederherstellung der Kommandogewalt können zu dem gesteckten Ziele führen.“

Ein niederschmetterndes Urteil aus dem Munde eines Mannes, der selber Befehlshaber über eben diese Truppen von so fleischlicher moralischer Beschaffenheit ist! Das Urteil ist natürlich auch der Regierung bekannt. Trotzdem schickt sie diese Truppen immer wieder zum Schutze der Ruhe und Ordnung in das Feld und bringt dadurch unzählige Angliederungen zahlreicher Familien. Die Untaten dieser Truppen in der Reichshauptstadt reden eine lebendige Sprache über ihre moralische Beschaffenheit.

Die Ohrfeige für den „Vorwärts“.

Der Arbeiterrat der Schwarzkopff Werke bittet und um die Aufnahme der folgenden Zuschrift:

Der „Vorwärts“ bringt die nachfolgende Notiz: Die Zeitungsbefürworter des „Vorwärts“ vor dem Schwarzkopffwerke (auch der bürgerlichen Blätter) werden täglich — und nicht in garigen Formen — bedroht. Gebildet werden nur die Befürworter der „Freiheit“ und der „Republik“. Übrigens soll es vor einigen Arbeitern genau so stehen.

Die Absicht über den Zweck dieser Mitteilung ist nur zu durchsichtig. Meistens ist selbst das Bäderbühnen-Mehrteil, die noch in den Schwarzkopffischen Betrieben vorhanden sind, ganz erspart, darüber, denn die Behauptung ist glatt aus den Fingern gezogen.

Willehelt aber mehr der „Vorwärts“ Auskunft zu geben darüber, weshalb am 11. März vormittags, während einer Betriebsversammlung im Werk, plötzlich eine militärische Besetzung erfolgte. Trech dieser Bedrohung blieb die Disziplin der Arbeitererschaft unerschütterlich, auch angesichts von Flamenwerfern, Handgranaten und Maschinengewehren. Die Berliner Arbeiter haben keine Gelegenheit gefunden, die die „Bude zu nehmen“, wie sie sich gegenüber einwandernden Jungen ausdrückt haben.

Auch der Führer der Truppen fand bei Herrn Direktor A., dem Leiter des Betriebes, für sein Vorhaben nicht das geringste

durch das Ansehen seiner Person allein und durch die Vereinfachung seiner Gründe für viele bestimmend werden? Oder sollte seine politische Feindschaft, Baskivität und Exklusivität am Ende gar die Schuld für die Größe des Analphabetentums tragen und werden nicht am Ende die Arbeiter, Dienstmädchen und Analphabeten nicht am Ende die Arbeiter, Dienstmädchen und Analphabeten ausbilden? Ob sie wirklich erreichen werden, daß die professionellen Vertreter aus dem Leben ins Museum verschwinden, das erscheint uns fraglich. Sicher ist nur, daß technische, wissenschaftliche, künstlerische mit ungewöhnlicher politischer Beschränktheit Hand in Hand gehen kann.

Revolution und Künstler.

Diesem Thema galt der Diensabend im Bühnenklub. Kurt Grieb Meurer las einleitend seinen geistigen Aufruf zum Sozialismus, in dem er in den Tiefen der Seele nach der Liebe und der neuen Menschheit sucht. Das Bilde folgte ihm mit Vorträgen revolutionärer Dichter. Es wurden gelesen und sensible Autoren, die heisse Veränderung der G. Dichte von H. Decher, Franz Werfel durchsetzte Dichtungen, darunter seinen kommenden Revolutionärsaufruf, Walter Hasencampers dramatische Gedichte und Paul Jech mit Herzblut geschriebene Verse. Alles in allem: Es war zuviel der Ehre für einen Abend, trotz des einführenden Vortrags. Weniger wäre mehr gewesen. Die Anwesenden nahmen mit Wärme und herzlichem Dank die künstlerischen Darbietungen entgegen. B. Sch.

Bortragende für die Berliner Arbeitererschaft.

Am Sonntag, den 30. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet in der Festhalle des Stadthauses der zweite der Vortragabend Alexander Moissi hat. Die Eintrittskarten sind laut Inzerat an den bekannten Stellen zu haben. Der unabhängige sozialdemokratische Bezirksbildungsstandesrat hat durch die entgegenkommende Bereitwilligkeit des Herrn Moissi in diesem Vortragabend nicht nur einen der hervorragendsten Interpreten klassischer und moderner Dichtung gewonnen, sondern auch einen inbrünstigen Mittler zwischen Kunst und Proletariat, den zu hören wahrhaftig erfreulich ist.

Berkündnis. Ein Mithab ist also vermieden worden durch die Besonnenheit der Verwaltung und der Arbeitererschaft. Lieber diese Provokation der Arbeitererschaft weiß der „Vorwärts“ nicht zu berichten, dafür spricht er von einer ständigen Bedrohung seiner Zeitungsbefürworter. Dazu ist zu bemerken, daß die Schwarzkopffischen Arbeiter mit Kommissar, die einem armen Teufel den Zeitungsbefürworter seinen letzten Erwerb unterziehen würden, nichts gemein haben. Eine Gemeinheit ist es vielmehr, ungeschulten Arbeitern etwas bedrohliches anzuhängen.

Mill eriff'ger Geist.

Der Berliner Kollek, Major Giffa mußte in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Haase und Kunert keine Antworten zu geben. Dafür behielt er seine Belegenheit in herausfordernde und höfliche Fragen.

Sogar das „Berliner Tageblatt“ ist unangenehm berührt davon. Es schreibt:

Als die Unabhängigen Kunert und Haase dabei die Vorgänge in Halle, das Verbot der „Freiheit“ und die Verhängung des Standrechts in Berlin berühren, glaubte der Vertreter der Regierung, Major v. Giffa, in Rinn, die Anfragen mit ein paar nichtigenden lapidaren Sätzen abtun zu können. Auf dringliche Ergänzungsfragen der beiden Abgeordneten hatte er lächelnd nur die stereotome Formel: „Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen.“ Im ersten Augenblick erregte das Auftreten des Majors Heiterkeit im Hause. Nur die äußerste Linke beehrte auf, und der Abgeordnete Haase ref.: „Die Regierung scheint es als ihre Aufgabe anzusehen, die Nationalversammlung zu verhöhnen!“ Es wäre natürlich ein Vorteil gewesen, wenn der anwesende Reichswehrminister Klose durch eine Erklärung von seiner Seite die Situation gerettet hätte.

Wir begreifen, daß Klose in der Lage gewesen wäre, eine befriedigende Antwort zu erteilen. Aber die militärische, anmaßende Art, in der sein Stellvertreter spricht, zeigt deutlich, was für ein Geist im Reichswehrministerium herrscht. Es ist derselbe militärische Geist, der uns in das Elend des Weltkrieges geführt hat.

Eine leere Drohung.

Die bürgerliche Presse meldet aus Weimar:

Im Anschluß für soziale Arbeiten, der in seiner ersten Sitzung die Notwendigkeit der Verordnung über die Wahlen der Vorstehenden für die Krankenkassen zu prüfen hatte, erklärte der Reichsminister Bauer, daß er die Wiederherstellung der alten Ordnung seinerseits nicht zuzulassen könne. Würde sie dennoch beschloffen, so würde es ihm unmöglich gemacht, die Geschäfte des Reichsministeriums weiterzuführen.

Die Herren werden sich wohl schon bald wieder übertragen. Dieser Vorfall aber zeigt, daß selbst sozialpolitische Fortschritte auch heute den erbittertesten Widerstand der bürgerlichen Parteien finden, die selbst Gegner solcher kleinen Errungenschaften sind.

Die Unruhen in Witten.

In Witten a. d. Ruhr sind die Arbeiter wegen eines Zusammenstoßes, der sich anlässlich einer Demonstration vor der „Wittener Volkzeitung“ mit der dortigen Polizei ereignete, in den Ausstand getreten. Seit gestern trüb stellen außer den Arbeitern in Witten auch diejenigen des Annener Gießereiwerkes und des Krupp'schen Stahlwerks in Kamm. Die Zahl der Streikenden dürfte sich auf rund 15 000 belaufen. Die Streikenden hielten gestern nachmittags in Kamm und Witten mehrere Versammlungen ab, in denen sie Forderungen für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt haben. Die Streikenden verlangen die Absetzung der Wittener Polizei und die Zurückberufung der Bochumer Sicherheitswehren, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach dort entsandt worden waren.

Generalkrieg in Barcelona.

Madrid, 23. März. (Reuter.) In Barcelona hat ein Generalkrieg den ganzen Straßenbahndienst und die gesamte Industrie lahmgelegt. Über Barcelona ist der Belagerungszustand verhängt worden. Es ist möglich, daß der Belagerungszustand unverzüglich auch auf ganz Spanien ausgedehnt wird.

Sprengstoffe gegen Kriegsschäden.

Die Franzosen beschäftigen sich bereitwillig damit, ihre verwüsteten Nordprovinzen neu zu bepflanzen. Nach den Comptes Rendus wurde in einer Novemberberingung der Pariser Akademie empfohlen, die Pflanzlöcher für Bäume usw. mit Hilfe von Sprengstoffexplosionen anzugehen. Eine Patrone mit der Sprengladung und verbleibendem dem Erdreich erwünschten Salzen (Phosphaten, Nitraten usw.) wird in die Erde gesenkt. Durch ihre Explosion wird die Ackerkrume runderum gedrückt, so daß die in die Sprenglöcher gepflanzten Bäume sehr schnell aufwachsen. In Nordamerika hat man eine Verbesserung des Maßstabs auf Doppelte erreicht. Wir wollen hoffen, daß das Pulver wieder z. T. gutmachen wird, was das Pulver verübelt.

Die Langoverthe, Marie Gilbert, fertigt jetzt in drei Berliner Theatern zugleich. Nach der „Kaußen Suzanne“ im Neuen Operettenhaus und jetzt „Die wilde Hummel“ im Thalia-Theater und „Die Schänke von allen“ im Central-Theater eingezogen. Die musikalische Erfindungsreue und der Scharfsinn des Komponisten hielten bei der letzten Inszenierung einen dauerhaften Publikumserfolg, der im Thalia-Theater besonders von dem lang beachteten Herrn Weltermeyer, im Central-Theater von dem kurz fernischen Herrn Laferri erkannt und erlangt wurde. Auch die übrigen Mitwirkenden zeigten Hochachtung usw. letzten Erfolges in dem Genre, das nun einmal nicht totzukommen ist.

Die „Trojaner Abende“, des Vorhabens des Ichlermann am 31. März d. J. mit dem 150. Abend ab. Das von Erdmann eingeleitete Unternehmen wird vom Generaldirektor Eugen Stern im Monat April unter künstlerischer Leitung Prof. Waldemar Meyer weitergeführt und, wenn der Versuch gelingt, als „Vollstundhabende“ dauernd beibehalten werden.

Bei einer Volksfeier, die der Volkstheater-Fund (Vorstand Dr. v. Wille) Sonntag, den 6. April in der von Erdmann veranstaltet, werden General-Direktor Dr. Leo Blech, die Opernsängerin Emma Leiser, sowie das Orchester des Opernhauses mit.

Im Walhalla-Theater findet am 1. April die Aufführung des Volksstückes „Der Jäger aus Kurpfalz“ statt. Das Stück ist nach dem Roman von Zimmermann von Feld, Bonn bearbeitet. Kunst mit Benutzung deutscher Volkslieder von Viktor Holländer. Volkstheater. Am 1. April eröffnet Direktor Koch nach Ablauf des Hauptstücks des Friedrich-Wilhelm-Abend-Theaters die Spielzeit mit einer Komödie „Stärker als der Tod“ von Carl M. Jakob.

sein nicht verlieren: Der Schmerz eines Volkes ist nur die Konzentrierung seiner Kraft zu neuen Öffnungen und zu neuen Siegen“ D. R.

„Massenwahn“?

Akademikerbeschränkung.

Professor Johannes Dür (Inndbruck) schreibt unter der Epithete „Gleichheit“ in der „Umschau“ folgenden Zitat: „Vielleicht veranlassen folgende Zeilen doch manchen zum Nachdenken: In Inndbruck (und wohl auch in allen anderen Universitätsstädten) werden sämtliche Universitätsprofessoren, die als Gesamtheit doch eine bemerkenswerte Summe von Wissen, Können und Intelligenz darstellen, leicht von den Inlassen des Breitenmasses überstimmt, die Gesamtheit aller akademischen Gebildeten aber ebenso leicht nur von den Dienstmädchen allein. Und nun der Höhepunkt! Nimmt man den Stand der Analphabeten in Deutsch-Österreich mit 9—10 Prozent an, was sicher nicht zu viel ist (Schweiz hat 30 Prozent!), rechnet man die akademisch Gebildeten mit etwa 3 Prozent, so wird die Intelligenz dreimal nur von den Analphabeten allein niedergestimmt! In den Alpenländern mit ihren Rotzulen sind gar manche, die angeblich nicht zu den Analphabeten (für die Volksschulung) zu rechnen sind, in Wirklichkeit aber gewiß nicht viel mehr als ihren Namen schreiben können, jedenfalls nicht imstande sind, eine Zeitung zu lesen. Sollte es sich angesichts dieser Verhältnisse nicht empfehlen zu verlangen, daß jeder Wähler in der Zelle auf den amtlichen Zettel seine Kandidaten schreibe? Die mehr benötigten Zeilen wurden gewiß durch ein vernünftigeres Ergänzungs reichlich herausgebracht. Man hätte damit ja auch in Deutschland der eigentlichen Intelligenz (von „unterlegere“ = unterschleiden!) zum Wohle der Gesamtheit einen großen Dienst erwiesen. In 100 Jahren dürfte man sonst leicht unsere Zeit als die eines Massenwahns bezeichnen.“ Die „Umschau“ nennt sich „Wochenchrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik“, Herr Dür ist einer der bekanntesten Berufsberatungspsychologen und doch einigen sich beide auf diesen hinterwäldlerischen Originalbeitrag, der einen an beiden irren machen kann. Was ist das für ein Psychologe, der das Stimmenswergewicht eines Akademikerprofessors gleichsetzt? Sollte dieser Hochschullehrer so seine Volkspolizei verabsäumen haben, daß seine Ansichten nicht

Gewerkschaftliches.

Tarifabschluss in der Puhbranche.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben nun auch die in der Puhbranche Beschäftigten angegriffen. Nachdem sich ein großer Teil dem Verband der Gutarbeiter angeschlossen, wurden sofort seitens der Verbandleitung Schritte unternommen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die auch von Erfolg gekrönt waren.

Es wurde zwischen dem Verband der Gut- und Holzwarenarbeiter und -arbeiterinnen, Ortsgruppe Berlin, und den Arbeitgeberverbänden der Puhbranche der Ortsgruppe Berlin ein Tarifvertrag abgeschlossen. Dieser sieht eine dreijährige Befristung vor; die Entlohnung der Lehrlinge beträgt im ersten Halbjahr der Lehrzeit 80 Mark monatlich, im zweiten Halbjahr 85 Mark, im dritten Lehrjahr 70 Mark, im vierten 100 Mark. Ausgeleitete Arbeiterinnen erhalten monatlich mindestens im vierten Jahre ihrer Tätigkeit im Beruf 135 Mark, im fünften und sechsten Jahre 140 Mark, vom siebenten Jahre an 150 Mark. Gewerkschaften erhalten monatlich mindestens 200 Mark in der dritten, 220 Mark in der zweiten und 275 Mark in der ersten Klasse. Dreifachen erhalten monatlich mindestens 300 Mark. Affordarbeit im Hause ist verboten, ebenso das Abgeben von Arbeit an im Betriebe tätige Arbeiterinnen. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Ein Auslegen während der stillen Zeit darf nicht stattfinden. Alle Arbeitnehmer müssen jährlich ein voll bezahlter Urlaub von mindestens 6-18 Tagen gewährt werden.

Ein weiterer Vertrag, der vereinbart wurde, schreibt außerdem die restlose Nachzahlung der zu Beginn des Krieges gelagerten Gehälter vor. Ferner die Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe von 100 bzw. 50 Mark an solche Arbeitnehmer, die seit 1. Februar 1917 bzw. 1. August 1918 im Betriebe tätig sind.

Gegen die bisher üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Puhbranche ist der Abschluss obiger Verträge als ein gewaltiger Fortschritt zu bezeichnen. An den in der Puhbranche beschäftigten Arbeiterinnen ist es nun, die Augen offen zu halten, daß Vertrag und Wirtschaftshilfenformeln korrekt eingehalten werden. Dazu gehört aber vor allen Dingen, daß sich alle rechtlos dem Verband der Gutarbeiter, Engelauer 15, anschließen.

Die Lage der Gewerkschaftsangehörigen.

Von einem Gewerkschaftsangehörigen wird uns geschrieben: „Die Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands beschäftigen sich unlängst in einer von der Generalkommission einberufenen Konferenz in Berlin mit der Forderung einer einmaligen Teuerungszulage oder Entschädigungssumme, wie sie auch genannt wird. Der vorliegende Gegenstand sprach bezeugen. Damit war die Forderung gerade der Gewerkschaftsangehörigen, die nicht in den Verbänden beschäftigt sind, vernichtet. Die Angestellten der Eisenwerke, Maschinenbauern usw. haben durchweg meist niedrigeren Gehalt als die Angehörigen der Verbände. Dafür sind die ersten aber auch die Arbeitsplätze. Sie sind es, die die ungenügende Arbeitszeit in Agitation, Abkündigung von Tarifverträgen, Lohnverhandlungen mit der Arbeitgeberseite machen müssen. Diese sind es, die auch für die Organisierten große Entschädigungssummen vorschlagen müssen und für die nicht der Hauptgrund ist. Von den Vorständen der Organisationen werden die Angehörigen niedrigen Grades höchstens abgerufen, wenn in den Kreislagen, sei es in Betrieben oder in der Industrie, mal etwas nicht klappt, oder die Verbände sich in die Materie nicht hineinfinden können. Die Vorstände beschränken mit ihrem Vorhaben gegen die Angehörigen der Verbände nicht zu wissen, wer handelt man nach dem Grund: „Der Mann, der den Puffer verdient, darf ihn nicht freisen.“ Was nun dem einen recht, muß dem anderen billig sein. Gerade die ungenügenden Gewerkschaftsangehörigen sind es, die mit Arbeiten überlastet sind und die am niedrigsten im Gehalt stehen und die längste tägliche Arbeitszeit von 12 bis 13 Stunden haben. An ihr Wissen und Können, an ihre Kräfte und Gesundheit werden die größten Anforderungen gestellt. Sie müssen anständig gekleidet sein. Durch ihre Tätigkeit sind sie gezwungen zu Ausgaben im Auspendienst, die durch die schmalen Einnahmen nicht aufgeschlagen werden. Wenn die Verbände vorhaben nicht die Einsicht haben, sollten doch die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse für ihre Angehörigen einzutreten, um ihre Arbeitsbedingungen zu erhalten. Wie sieht es mit diesen Leuten aus? Wir wollen besonders das in den letzten beiden Jahren besagen auch empfehlen. Was der Einzelne ausführt, trifft im großen Ganzen zu. Die Gewerkschaftsmitglieder können von ihren Angehörigen verlangen, daß diese ihre Interessen auf vertreten; tun sie das nicht, können sie von ihrem Posten wieder entfernt werden. Andererseits sollten die Gewerkschaftsangehörigen aber auch nicht schweigen, wenn sie die noch im Beruf tätig sind. Wo das noch der Fall ist, sollte eine Aufbesserung erfolgen.“

Versicherungsgesellschaft! Am Donnerstag, den 27. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, findet eine Versammlung der Delegierten der angeschlossenen Ausübungen in den Sophienhallen statt. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Groß-Berlin.

Achtung! Arbeiterräte der U. S. V. D.

Am Donnerstag, den 27. März, mittags 1 Uhr, findet im Plenarsaal des Herrenhauses, Leipziger Straße, eine Fraktionsitzung der Arbeiterräte der U. S. V. D. statt. Vollständiges Erscheinen ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Der Fraktionsvorstand der U. S. V. D. Arbeiterräte.
Sommerfeld.

Gegen die Freiwilligen.

Die Arbeiterräte der Artilleriewerkstatt Spandau-Süd hat einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die am 24. 8. tagende Bezirksversammlung von etwa 4000 Arbeitern und Angehörigen der Artilleriewerkstatt-Süd, Spandau, betrautet Arbeiter, die sich für die Freiwilligenformationen anwerben lassen, als Verräter an den eigenen Klassengenossen. Sie können keinerlei Gründe für deren Tun als Rechtfertigung anerkennen und gebeten, diese Verräter am Proletariat, die sich zur Niederhaltung ihrer eigenen Arbeitsbrüder hergeben, zu boykottieren und auch später ein Zusammenarbeiten mit ihnen abzulehnen.“

Die Arbeiterräte der Artilleriewerkstatt-Süd fordert die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands auf, sich diesem Vorgehen anzuschließen und gegebenenfalls überall, wo sich ehemalige Freiwillige zur Arbeit melden, ein Zusammenarbeiten mit diesen abzulehnen.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Moissi-Vorträge.

Der Bezirksbildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei (U. S. V. D.) veranstaltet auch am Sonntag, den 30. März, nachm. 3 1/2 Uhr, im Stadthaus, Eingang Kaiserstraße, Vorträge Alexander Moissi, für die Berliner Arbeiterschaft. Wir bitten unsere Genossen, sich rechtzeitig mit Eintritts-

karten zu versehen. Die Wiederholung der Veranstaltung ist nur durch besonderes Entgegenkommen des Herrn Alexander Moissi möglich.

Eintrittskarten zum Preise von 1 M. sind vom Donnerstag ab in den Reichsbureau in der Reichstr. 71, Königsberger Straße 27, Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 31, Reußkolln, Redarstraße 3, bei den Kassierern des 1., 2., 3. und 5. Kreises sowie im Sekretariat, Schillerstr. 5, zu haben.

Der Bildungsausschuss.

An unsere Postabonnenten!

Damit im Bezuge der „Freiheit“ keine unliebsame Unterbrechung eintritt, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement auf die „Freiheit“ sofort zu erneuern. Unsere Zeitung kostet durch die Post bezogen vierteljährlich 7,50 M., für einen Monat 2,50 M. Das Bestellgeld beträgt vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf. Da in dieser Zeit das Lesen eines unabhängigen sozialistischen Blattes für jeden Parteigenossen, für jeden Streiter für Freiheit und Volksrechte überaus notwendig ist, sind wir davon überzeugt, daß alle unsere Abonnenten unsere Zeitung nicht nur weiterbezogen, sondern ihr auch neue Leser zuführen werden.

Der einfachste und billigste Weg ist, bei dem Postamt oder bei dem Briefträger des Wohnortes zu abonnieren. Auf besonderes Verlangen liefert das Postamt die im laufenden Monat erschienenen Nummern gegen eine Gebühr von 10 Pf. nach.

Bei etwaigem Ausbleiben oder dem Fehlen irgendeiner Nummer reklamieren man immer beim Postamt des Wohnortes (nicht bei unserer Expedition). Das Postamt gibt die Beschwerde weiter und läßt dieselbe amtlich erledigen.

Werbt Abonnenten für die „Freiheit“!

Eine öffentliche Anfrage.

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender öffentlicher Anfrage gebeten:

Am Sonntag, 8. März, nachmittags, als mein Sohn Fritz Böhm von einer Betriebsversammlung nach Hause kam, wurde er in meiner Wohnung, Alexanderstr. 9, auf eine falsche Denunziation hin von der Schutztruppe Lüttich, 31. Artillerie-Regiment, verhaftet. Er sollte gefesselt haben.

Wir suchen denselben jetzt 14 Tage. Auch der Vollgelehrte kann ihn nicht finden. Ich nehme daher an, daß mein Sohn nach seiner Einlieferung auf Polizeirevier 20, Magazinstraße, wo er auch inhaftiert ist, von der Schutztruppe rücksichtslos ermordet wurde.

Von unserem ganzen Betrieb können wir Jungen stellen darüber, wo er sich vor- und nachmittags aufgehalten hat. Legitimiert, Geld und Uhr ist mit meinem Sohn verschwunden. Vielleicht gibt die betreffende Schutztruppe Auskunft.

Recherchiert man sich noch bemerken, daß in demselben Hause ein Versteck eines Mannes verhaftet wurde, die sich im Gefängnis befindet, nur mein Sohn nicht. Er hat zusammen Magazinstrasse eingeleitet, auch zusammen ausgeleitet. Wo ist also mein Sohn geblieben?

Wir nehmen an, daß dem belämmerten Vater umgehend eine Aufklärung über den Verbleib seines Sohnes gegeben wird.

Die Prozesse in Moabit.

Am Sonnabend und Montag wurde vor drei Strafkammern des Landgerichts I gegen Teilnehmer der „Vorwärts“-Besetzung während der Januarunruhen wegen Aufruf und Landfriedensbruch verhandelt. Die Verhandlung am Sonnabend vor der 9. Strafkammer endete sich besonders durch das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß vor den anderen an, das in einem Fall 1 Jahr 6 Monate, in anderen Fällen 1 Jahr bis 1 Jahr 3 Monate Gefängnis betrug. Das Gericht erkannte gegen Reiff, Rühl und Dialektlermeister auf je 9 Monate, gegen Kötter, Petric, Prösch und Ciskewski auf je 6 Monate, gegen Gronau und Denker auf je 7 Monate und gegen Riß auf 6 Monate Gefängnis. Datum des 18. März betretenden zum Eintritt.

Ein bezeichnendes Bild auf unsere heutigen Verhältnisse warf die Verhandlung am Montag der 8. Strafkammer, aus der sich ergab, daß der Obmann eines Angehörigenausschusses Bärner auf Grund einer anonymen Anzeige von der Staatsanwaltschaft verhaftet und 6 Wochen von seiner Familie getrennt in Untersuchungshaft gehalten worden ist. Nach der Denunziation sollte er zu den revolutionären Obleuten der Berliner Großbetriebe gehören. Die Beweisaufnahme ergab die Falschheit der ganzen Anklage. Bärner sowie Buchow und Pröschinski mußten freigesprochen werden. Der Angeklagte Rielenz als angeblicher Gruppenführer der Vorwärtsbesetzung wurde zu 11 Monaten Gefängnis verurteilt. Gählow erhielt 10, Kollmann 9, Brenzel 8 und Jankowski, Altmann und Liebig je 7 Monate Gefängnis! In der Verhandlung vor der 10. Strafkammer wiederholte der Verteidiger Justizrat Dr. Berthauer den Antrag, die ehemaligen Volksbeauftragten Oertel und Scheide mann sowie Oetmann und andere Führer der revolutionären Besetzungen zu laden, um einerseits festzustellen, daß die den „Vorwärts“ fürwährenden Truppen nicht als eine bewaffnete Macht der Revolution im Sinne des Gesetzes anzusehen, daß die sich damals belämpfenden Gruppen als feindliche mit einander kriegsführende Mächte zu betrachten sind, andererseits, daß im „Vorwärts“ keine öffentlich zusammengeworfene Menge, sondern eine wohlgeleitete, organisierte Besetzung vorhanden war, mit der sogenannten Regierungstruppen als gleichberechtigter Kriegsführender Macht über Waffenstillstand, Strafreisen Abzug usw. verhandelt.

Am Gegenstand zu den anderen Kammern zog das Gericht in der Urteilsbegründung die damalige politische Erregung als strafmildernd in Betracht und erkannte gegen die Angeklagten Ulrich, Schleuener, Schnell und Raiböcker auf eine Strafe von je 8 Monaten, gegen Scherbarth und Baumer je eine solche von je 7 Monaten, gegen Grubel und gegen Stele 5 Monate Gefängnis! Der Angeklagte Riß wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen, das Verfahren gegen Gähner verfiel.

In der letzten Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I handelte es sich um 12 Teilnehmer der „Vorwärts“-Besetzung, die am Morgen des 11. Januar beim Sturm auf das Gebäude in die Hände der Regierungstruppen gefallen waren. Die Beweisaufnahme ergab wenig Beläherendes für die Angeklagten, in den meisten Fällen waren sie nur in technischen Beiträgen der Truppe tätig. Das Gericht kam deshalb zur Freisprechung der Angeklagten Lemhöfer, Grapentin, Panzer und Adatte Co. etc. Nur gefesselt niedrigen Strafe von 6 Monaten wurden Rischowski, Scherf, Paul Schmidt, Dader und Puszet verurteilt. Scherf und Rischowski erhielten 7 Monate, Strauß 5 Monate Gefängnis!

Tempelhof. Wiederum beschäftigten sich die Gemeindevorsteher mit einem Antrag auf Amtsniederlegung der unbesoldeten Schöffen. Nach einer erregten Debatte stimmten diesmal außer den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten auch die Demokraten für vorstehenden Antrag. Trotzdem nun ein Mehrheitsbeschluss vorliegt, sind die Tempelhof'schen unbesoldeten Schöffen so stark, daß sie bis heute noch nicht von ihrem Amt zurückgetreten sind. Für die Erweiterung des Gemeindevorstandes um fünf Schöffen wollen die Demokraten erst dann stimmen, wenn der Arbeiterrat seine Kammern niederlegt. Für die Mehrheitssozialisten hatte Herr Ewald bereits zugelangt. Gen. Irrgang erklärte: „Der Arbeiterrat sei auch weiterhin notwendig. Es ist ein unheimliches Verlangen der Demokratie, die Führer zum Rücktritt zu bewegen. Darüber haben nur die Mandatgeber zu bestimmen.“ — Für den Gesundheitsauschuss wurden zu den in der letzten Sitzung gewählten sechs bürokratischen Vertretern 5 Mehrheitssozialisten und 2 Unabhängige (Irrgang und Weder) gewählt. Derselbe Ausschuss soll die Neubildung von Kommissionen vorbereiten. — Eine sehr erregte Diskussion brachte die Anfrage der U. S. V. und S. P. über die Bildung einer Einwohnerversammlung. Der Bürgermeister und auch der Stadtrat mühten sich mancherlei sagen lassen wegen ihres Verhaltens in dieser Angelegenheit. Trotzdem diese Herren Kenntnis hatten von der Bewohnung eines bestimmten Teils der Einwohner (meist konservative Offiziere) durch die Garde-Schützen-Division haben sie den Arbeiterrat davon nicht in Kenntnis gesetzt. Erst als der Arbeiterrat auf große Waffenslieferungen aufmerksam wurde und Hallo schlug, sah man sich genötigt, eine öffentliche Versammlung zur Gründung einer Einwohnerversammlung einzuberufen. Diese Versammlung wurde vom Bürgermeister im Auftrag der Garde-Schützen-Division einberufen und auch geleitet. Unsere Genossen Schmidt, Irrgang, Weder und Gutknecht kennzeichneten das reaktionäre und konterrevolutionäre Treiben in gebührender Weise. Zum Schluß erklärte der Bürgermeister, sich in dieser Angelegenheit mit dem Arbeiterrat in Verbindung zu setzen. — Betreffs des Lokalariffs der Gemeindevorsteher lag ein dringlicher Antrag beider sozialdemokratischen Fraktionen vor. Nach diesbezüglichen Ausführungen der S. P. und U. S. V. (Irrgang) soll am nächsten Donnerstag eine Gemeindevorsteheritzung stattfinden, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hat und soll der erste Lohn nach dem neuen Tarif bereits am Freitag, den 28. d. M., gezahlt werden.

Wittenen. Am Freitag, den 21. d. M., fand im Rathaus die erste Sitzung der neuen Gemeindevorsteheritzung statt. Nachdem die Einführung der neu gewählten resp. wiedergewählten Gemeindevorsteher durch den Bürgermeister vollzogen war, haben unsere Genossen eine bedingende Erklärung ab, daß sie es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß der Gemeindevorstand von den Schöffen von ihren Kammern zurücktreten. Eine bindende, zugebende Antwort wurde nicht gegeben, jedoch soll diese Angelegenheit in einer in den nächsten Tagen stattfindenden Fraktionsitzung unter Hinzuziehung der Schöffen geregelt werden. — Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen gelangte ein Antrag unserer Genossen auf gemeindevorsteherliche Verordnung der Einwohnerversammlung mit Hausnummerliste trotz einstimmiger Zustimmung durch die Vorpersönlichkeiten zur Abstimmung. Der Antrag auf Erhebung der Hausnummerliste wurde einstimmig abgelehnt. Einstimmige Annahme forderte der Status der neu zu errichtenden Volkshilfsbüros. Von unserer Seite wurden in den Schulvorstand vorgeschlagen und gewählt: als Gemeindevorsteher Genossin Emma Müller und Genosse Duabe, als Arbeiterräte Genosse Ritzge und Genosse August Denckhoff. — Nach Erledigung mehrerer kleiner Vorlagen und nachdem unsere Genossen die Erklärung abgegeben hatten, daß sie für die während der vier Kriegsjahre innerhalb der Gemeinde getriebene Reparaturarbeit keine Verantwortung übernehmen, fand die erste Sitzung ihren Abschluß.

Abend. Ein Skandal ist die Inhabehaltung unseres Genossen Putran, trotzdem selbst der Staatsanwalt zugeben muß, daß abseits nichts gegen Putran vorliegt und die Alter dem Generalkommando überwiesen sind; behält man unseren Genossen weiter in Haft. Auch der einstimmige Bescheid der Stadtvorsteheritzung und die Schritte des Bürgermeisters Grüners zur Veranlassung dieser die Abseits der Arbeiterschaft und Bevölkerung auszuweisen, scheint man sich nicht zu entschließen. Revolutionäre Demonstrationen und Aufständische-Propagationen, mit denen man an'elend der Exzente imponieren will, scheint eine sozialistische Regierung als geeignete Mittel zur Aufführung der Arbeiter zu halten, als die Bildung einer Sozialdemokratischen Partei für Ruhe und Ordnung, als daß der, daß kein Blutvergießen stattfinden hat, gefordert hat, der Freiheit wieder zuzuführen. Oder will man die Abseits der Arbeiterschaft zu bestimmten Handlungen veranlassen, um nachher mit der Rotgardie und einem Versuch abzuwarten? Um Antwort wird gebeten.

Verfassungen.

Reußkolln. Am Montag nahmen die Reußkollner Genossen Stellung zu den Verhandlungen des Parteitag. Genosse Künzler gab in ausführlicher Weise ein Bild von den Verhandlungen. Er betonte zunächst eine Erhöhung der Beiträge mit der Begründung, daß die Partei die nächsten Aufgaben auf dem Gebiete der Aufklärung nur lösen könne, wenn ihr die genügenden Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Vom Gen. Dade hat Redner den Eindruck, daß er jetzt eine andere Stellung einnimmt als am 2. Februar und daß er seine Rede lediglich dazu benutzt hat, um seine Politik im Rahmen zu verteidigen. Däumling befragte sei von der Mehrheit des Parteitages mit großem Beifall aufgenommen worden, ein Zeichen, daß der Parteitag der Arbeiterräte in der Partei jetzt sehr gut durchgedrungen ist, auch der Erfolg der letzten Einberufung des Parteitag. Bezüglich der Internationalen sagt Künzler seine Meinung dahin zusammen, daß die U. S. V. D. niemals mit den Sozialimperialisten zusammenarbeiten könne. Nur Gewerkschaftsfrage fordert Redner die Genossen auf, nicht auszutreten, sondern sich rege zu betätigen und die kommenden Verfassungen zu einer Abrechnung mit den bisherigen Vorständen und der Generalkommission zu gestalten. Die Verhandlungen wohl betrachte ihn nicht, denn was Poole von Däumling trennt, trennt ihn auch von Däumling, der auch sehr weit links steht. Redner fordert Redner auf, dafür Sorge zu tragen, daß überall im Sinne der programmatischen Ausdeutung gearbeitet und daß damit unter den Massen eine rege Propaganda entfaltet wird. Auf diesem Boden kann sich nur die Einigung des Proletariats bilden. In der Diskussion, an der sich die Genossen Appel, Gien, Walter, Stewerz und Künzler beteiligten, wurde den Verhandlungen Künzlers im wesentlichen zugestimmt. Demängelt wurde die Schreibweise der „Freiheit“ hier müsse Remedy geschaffen werden. Von einzelnen Rednern wurde der Ruf nach links bestanden. Däumling und viele diese Beschlüsse zurück und verwies hauptsächlich noch auf den Reichstag des Parteitages bett. Reichstag in zwei Parteien. Er fordert die Kommunisten auf, soviel Einflüsse wie möglich zu gewinnen, um auszutreten und nicht noch einer Partei Mittel zuzuführen, die sie nachher mit Schmutz besudeln. Künzler's Schlusswort stand in den Worten, die Diktator des Parteitages ist keine Gewalttätigkeit, sondern in Wirklichkeit die Herrschaft der Mehrheit des Volkes. Sorgt für die Revolutionierung der Masse, alles für die Partei, alles für unsere Arbeitsbrüder und -schwestern.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reußkolln. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbruderei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schillhaus, Damm 19.